

Anlage zur E-Mail an: wolfertz@vdi.de
lee@lee.ruhr-uni-bochum.de



Dr. rer. nat. R. A. Dietrich • Neues Land 26 • 21522 Hohnstorf/Elbe

Herrn
Prof. Dr.-Ing. Hermann-Josef Wagner
Vorsitzender der
VDI-Gesellschaft Energie und Umwelt (GEU)
VDI-Platz 1
40468 Düsseldorf

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht	Mein Zeichen Dr. R. A. D.	Telefon 04139 – 6 96 91 49	E-Mail Rudolf-Adolf.Dietrich@t-online.de	Datum 18.08.2009
------------------------------	------------------------------	-------------------------------	---	---------------------

VDI Energiepolitik

Sehr geehrter Herr Prof. Wagner,

auf Vorschlag von Herrn Dr. Ufer, VDI, erlaube ich mir, mich an Sie als Vorsitzender der VDI-Fachgesellschaft „Energie und Umwelt“ mit Bezug auf die Darstellung der Energiepolitik in den VDI Nachrichten zu wenden.

Aufgrund der Verunsicherung in der Öffentlichkeit bezüglich der Entwicklung auf dem Energiesektor scheint es mir dringend geboten, dass der VDI als Berufsverband der Ingenieure seine sachbezogene und neutrale Position in der Energiepolitik neu definiert. Es kann und darf nicht sein, dass der VDI als Sprachrohr für eine ideologisch geprägte Energiepolitik in der Öffentlichkeit angesehen wird. Für eine Energiepolitik, in der das Streben nach Wirtschaftlichkeit zum Wohle der Volkswirtschaft durch die Jagd nach Subventionen zum Wohle einiger Profiteure ersetzt wird, was durch das EEG, verbunden mit dem Durchsetzungsschwergewicht der Privilegierung, ermöglicht und durch wildwuchernde Zwangsabgaben auf die Stromkosten finanziert wird, so dass es zwangsläufig zu einer spiralförmigen Erhöhung der Stromkosten kommt.

Jede unwirtschaftlich erzeugte kWh ist eine umweltschädigende und unsozial erzeugte kWh und geht zu Lasten der Ressourcen und der Volkswirtschaft. Wir Ingenieure haben die Aufgabe, ja es gehört zu unserem Berufsethos, mit dem Einsatz von geologischen Ressourcen und dem Einsatz der Arbeitsleistung unserer Mitmenschen verantwortungsvoll umzugehen. Wir Ingenieure können es nicht verantworten, dass durch das EEG Stromerzeugungsanlagen mit bis zu 25-fach überhöhten Stromgestehungskosten serienmäßig gefördert und gebaut werden. Ja, sie werden sogar noch in der Presse als wirtschaftliche Lösungen gepriesen, obwohl jede Stromerzeugung, die im Rahmen des EEG ausgeführt wird, aufgrund der völlig überhöhten Stromgestehungskosten zu einer direkten, wenn auch marginalen, Erhöhung der Stromrechnung eines jeden Stromverbrauchers führt. Es bedarf keiner komplexen mathematischen Grenzwertbetrachtung, um zu erkennen, dass ein solches Vorgehen ab einem bestimmten Anteil der unwirtschaftlichen Erneuerbaren Energien zu nicht mehr bezahlbaren Stromrechnungen führen muss.

Energie ist der Motor der Wirtschaft und somit auch Träger eines Sozialstaates und muss daher so preiswert wie nur irgend möglich sein, was nur durch kostenwirtschaftlich optimale Konzepte

möglich ist. Forschung für neue wirtschaftliche Technologien ist dringend erforderlich, aber ein serienmäßiger Bau von unwirtschaftlichen Stromerzeugungsanlagen mit 20- bis 25-jähriger Subventionsgarantie bei stetig zunehmendem Subventionsumfang, wie es zu Lasten der Stromverbraucher zur Zeit praktiziert wird, darf nicht ohne Widerspruch zugelassen werden, da die Auswirkungen sich wie eine Seuche in alle Bereiche ausbreiten.

Durch das EEG haben wir in Deutschland inzwischen zwei Finanzhaushalte. Zum einen den Bundeshaushalt, der durch die verschiedenen Steuern gespeist und von der Regierung bei einer parlamentarischen Kontrolle für die untereinander konkurrierenden Erfordernisse des Staates verwendet wird; zum anderen die Zwangsabgaben durch das EEG, die von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen mit den Stromrechnungen vom Verbraucher erhoben und an die Profiteure des EEG ohne parlamentarische Kontrolle und Priorisierung je nach Anzahl der eingespeisten kWh verteilt werden. D. h., desto mehr Stromerzeugungsanlagen, die unter das EEG fallen, mit überhöhten Stromgestehungskosten gebaut werden, desto höher sind die Zwangsabgaben auf die nach dem Verbrauch ermittelten Stromkosten und desto größer ist der Profit der EEG-Lobby.

Dies hat mit verantwortungsvollem Handeln zum Gesamtwohl der Volkswirtschaft und somit des Volkes nichts mehr zu tun. Die Ingenieure dürfen sich nicht zu Handlangern von ideologisch orientierten Verfechtern einer unwirtschaftlichen Energiepolitik machen lassen, sondern sie müssen sich Ihrer Gesamtverantwortung stets bewusst sein und nur zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft wirken. Nur wenn wir so handeln, kann es gelingen, die Technikfeindlichkeit in der Bevölkerung, die gerade von den ideologisch geprägten Parteien und von den Anhängern des EEG während der letzten Jahrzehnte geschürt worden ist, wieder abzubauen, um so das Ansehen der Ingenieure in der Gesellschaft durch Glaubwürdigkeit wieder zu stärken.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, Sie auf einige meiner Manuskripte, die ich jeweils aus einem besonderen Anlass erstellt und bereits vor einiger Zeit an die Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel und an weitere Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft zu diesem Thema geschickt habe, hinzuweisen:

1. Ist die DIN-ISO-9613-2 zur Durchführung einer Schallprognose für Windenergieanlagen geeignet?
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN007/B-06.pdf>
2. Photovoltaik, staatlich subventionierte Vernichtung von Volksvermögen
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN007/B-07.pdf>
3. Exergetische Analyse zur Beurteilung einer Heizungsanlage mit Warmwasserkreislauf oder mit Nachtstromspeicher
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN007/B-11.pdf>
4. EEG-dominierter Stromtarif oder Kernenergie-dominierter Stromtarif
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN007/B-16.pdf>
5. Exergie-Energie-Analyse zur Beurteilung einer Kraft-Wärme-Kopplung
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN007/B-17.pdf>
6. Energetische Beurteilung des relativen Primärenergiebedarfes bei der Strom- und Wärme-Erzeugung
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN007/B-18.pdf>

Die Darstellung der Erneuerbaren Energien in der Lüneburger Landeszeitung (LZ) von Seiten der Befürworter dieser Energien haben mich veranlasst, in Form von Leserbriefen hierzu Stellung zu nehmen. Auf einige dieser Leserbriefe weise ich nachfolgend hin:

1. Leserbrief in der Lüneburger Landeszeitung am 12. April 2007
Solar schädigt die Volkswirtschaft
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN009/L-01.pdf>
2. Leserbrief in der Lüneburger Landeszeitung am 15. Mai 2007
Keine Energie verschwendet
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN009/L-02.pdf>
3. Leserbrief (Entwurf) an die Lüneburger Landeszeitung am 20. Mai 2007
Geringe Stromgestehungskosten durch Kernenergie dienen der Volkswirtschaft
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN009/L-03.pdf>
4. Leserbrief in der Lüneburger Landeszeitung am 22. Mai 2007
Atomausstieg wäre teuer
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN009/L-04.pdf>
5. Leserbrief in der Lüneburger Landeszeitung am 02. Juli 2007
Dilemma der Stromkonzerne
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN009/L-05.pdf>
6. Leserbrief in der Lüneburger Landeszeitung am 10. August 2007
Subventionen für Kohle und Atom waren gerechtfertigt
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN009/L-06.pdf>
7. Leserbrief (Entwurf) an die Lüneburger Landeszeitung am 06. September 2007
Ökostrom gleich Ökofalle?
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN009/L-07.pdf>
8. Leserbrief in der Lüneburger Landeszeitung am 08. September 2007
Atom frisst weniger Fläche
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN009/L-08.pdf>

Beim Lesen dieser Leserbriefe wird deutlich, welche Tendenzen durch gezielte Änderungen von Seiten der LZ-Redakteure hineingebracht wurden.

Weitere Schreiben an politische Entscheidungsträger charakterisieren ebenfalls einige anstehende Fragestellungen bzw. Probleme:

1. Schreiben an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff und den Umweltminister Sander vom 18.01.2007 bezüglich Schallbelastung durch Windenergieanlagen
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN010/S-01.pdf>
2. Antwortschreiben des Niedersächsischen Umweltministeriums vom 05.11.2007 bezüglich meines Schreibens vom 18.01.2007 an den Ministerpräsidenten Wulff und den Umweltminister Sander zum Thema Anwendung der DIN ISO 9613-2 bei Schallprognosen für Windenergieanlagen
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN010/S-01.2.pdf>
3. Schreiben an die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt vom 19.01.2008 bezüglich der Handhabung der Lärmbelastung durch Windenergieanlagen
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN010/S-04.pdf>

4. Antwortschreiben des Bundesumweltministers Sigmar Gabriel vom 14.03.2008
<http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN010/S-05.pdf>

Insgesamt handelt es sich um Fragestellungen, die von interessierten und besorgten Mitbürgerinnen und Mitbürgern diskutiert werden und worauf sie sowohl in der Tagespresse als auch in den VDI Nachrichten keine Antwort erhalten. Das Gegenteil ist der Fall, die Mitbürgerinnen und Mitbürger finden nahezu nur glorifizierende Beschreibungen über die sogenannten Erneuerbaren Energien, wodurch kein Vertrauen, sondern eher Misstrauen entsteht.

Vor allem die Kostenfrage und die daraus sich insgesamt ergebenden Auswirkungen auf die sich ändernde Kaufkraft und somit auf die gesamte Volkswirtschaft während der Laufzeit der über 20 bis 25 Jahre garantierten Subventionen, die durch die stetig zunehmenden Zwangsabgaben mit der Stromrechnung erhoben werden, bereiten vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern große Sorgen, zumal es sich hier insgesamt um mehrstellige Milliarden EURO Beträge handelt, die mit jedem Tag ansteigen.

Die Zeitbombe tickt hier besonders intensiv, da es sich hierbei nicht um verfassungsgemäße Stromsteuern handelt, sondern um Zwangsabgaben, die dem Markt ohne wirtschaftlichen Vorteil für die Volkswirtschaft direkt entzogen werden und somit für den Konsum anderer Produkte nicht mehr zur Verfügung stehen. D. h. desto mehr unwirtschaftliche Stromerzeugungsanlagen von der EEG-Lobby über die Zwangsabgaben gebaut und finanziert werden, desto mehr andere Wirtschaftszweige werden in die Insolvenz gehen, da die Bürger nur noch für die drastisch steigende Stromrechnung zu arbeiten haben. Auch stromintensive Industriezweige werden dann verstärkt abwandern und sich dem EEG entziehen.

Es ist zu befürchten, dass im Energiesektor inzwischen auch faule Lösungen in den Kellern liegen, wie es bei den Banken mit den Finanzzertifikaten der Fall ist.

Es ist nicht zu erkennen, dass die Politik ohne sachkundige Unterstützung den Mut haben wird, die im blinden Eifer mit heißer Nadel gestrickten und beschlossenen Verordnungen und Gesetze zur Energiepolitik zu korrigieren bzw. ganz aufzuheben, da die EEG-Lobby weiterhin daran interessiert ist, Ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Die Politik wird bei einem Kollaps die Schuld bei denen suchen, die zu Allem geschwiegen und bei Allem mitgemacht haben. Aufgrund des vorhandenen Unbehagens fühlen sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger vom Staat und von den technisch-wissenschaftlichen Berufsverbänden nicht objektiv informiert bzw. allein gelassen.

Ich würde mich freuen, wenn einige dieser Themen Ihr Interesse fänden.

Aus aktuellem Anlass noch eine kurze Anmerkung: Es kann und darf meines Erachtens nicht sein, dass ein Berufsverband wie der VDI einem ideologisch geprägten Politiker in den VDI Nachrichten eine Wahlplattform bietet, wie es in der neuesten Ausgabe Nr. 33 vom 14. August 2009 auf Seite 2 geschehen ist. In den VDI Nachrichten muss es um die Darlegung der neutralen und objektiven Positionen des VDI und um das Wirken des VDI zum Wohle der Wirtschaft und der Gemeinschaft gehen und nicht um Wahlpropaganda für einen Politiker, unabhängig von der politischen Orientierung. Wahlpropaganda für Spitzenpolitiker von Parteien zu inszenieren sollte den Chefredakteuren der politisch orientierten Tages- oder Wochenzeitungen vorbehalten bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. R. A. Dietrich
(per E-Mail verschickt, daher keine Unterschrift)